

10. Juni 2013

Unterausschuss „Personal“
des Haushalts- und Finanzausschusses
Uli Hahnen MdL

Ausschuss für Kommunalpolitik
Christian Dahm MdL

Einladung

11. Sitzung (öffentlich)
des Unterausschusses „Personal“
26. Sitzung (öffentlich)
Ausschuss für Kommunalpolitik

am Dienstag, dem 18. Juni 2013
13.00 Uhr, Plenarsaal

Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Die Einladung ergeht nachrichtlich an Haushalts- und Finanzausschuss Innenausschuss Rechtsausschuss Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales

Gemäß § 52 Abs.1 der Geschäftsordnung des Landtags berufen wir die Ausschüsse ein und setzen folgende Tagesordnung fest:

Tagesordnung

Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2013/2014 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 16/2880

Öffentliche Anhörung von Sachverständigen

gez. Uli Hahnen
- Vorsitzender -

gez. Christian Dahm
- Vorsitzender -

F. d. R.

Eva Kiwitt
Referat Finanzen

Anhörung
des Unterausschusses „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses
und des Ausschusses für Kommunalpolitik
„Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2013/2014 sowie zur
Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen“
Gesetzentwurf der LR, Drucksache 16/2880
am 18. Juni 2013, 13.00 Uhr
- Verteiler –

Städtetag Nordrhein-Westfalen
Köln

Landkreistag Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Arbeitsgemeinschaft
der Kommunalen Spitzenverbände NRW
Köln

Herrn
Prof. em. Dr. Dr. h.c. Ulrich Battis
Berlin

Herrn
Prof. Dr. Heinrich Amadeus Wolff
Lehrstuhl für Öffentliches Recht, insbes.
Staatsrecht und Verfassungsgeschichte
Frankfurt (Oder)

Herrn
Prof. Dr. Kyrill-A. Schwarz
Universität Würzburg
Professur für Öffentliches Recht am
Institut für Staats- und
Verwaltungsrecht, Rechtsphilosophie
Würzburg

Herrn
Andreas Meyer-Lauber
Deutscher Gewerkschaftsbund
Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

ver.di
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Herrn
Manfred Lehmann
Deutsche Steuer-Gewerkschaft
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Herrn
Arnold Plickert
Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Herrn
Meinolf Guntermann
Deutscher Beamtenbund und Tarifunion NRW
Düsseldorf

Herrn
Erich Rettinghaus
Deutsche Polizeigewerkschaft
Landesverband NRW
Duisburg

komba Gewerkschaft Nordrhein-Westfalen
Köln

Herrn
RAG Reiner Lindemann
Bund der Richter und Staatsanwälte in
Nordrhein-Westfalen e. V.
Hamm

Frau
Dorothea Schäfer
Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
NRW
Essen

Herrn
Wilhelm Schröder
Verband der Lehrerinnen und Lehrer an
Berufskollegs in NW e. V. (vlbs)
Düsseldorf

Herrn
Udo Beckmann
VBE - Verband Bildung und Erziehung
Landesverband NRW e.V.
Dortmund

Frau
Brigitte Balbach
lehrer nrw
Düsseldorf

Herrn
Wilfried Albishausen
Bund Deutscher Kriminalbeamter
Landesverband Nordrhein-Westfalen
Duisburg

Herrn
Peter Silbernagel
Philologen-Verband
Nordrhein-Westfalen
Düsseldorf

Vereinigung der Verwaltungsrichterinnen und
Verwaltungsrichter des
Landes Nordrhein-Westfalen
c/o Verwaltungsgericht Düsseldorf
Düsseldorf

Herrn
Prof. Dr. Martin Sternberg
Hochschule NRW –
Landesrektorenkonferenz der
Fachhochschulen
Bochum

Frau
Prof. Dr. Ursula Gather
Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz der
Universitäten in NRW
c/o Technische Universität Dortmund
Dortmund

Bund der Steuerzahler NRW e.V.
Düsseldorf

FRAGEN / ASPEKTE

**für die öffentliche Anhörung
am 18. Juni 2013, 13.00 Uhr**

Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2013/2014 sowie zur Änderung weiterer dienstrechtlicher Vorschriften im Land Nordrhein-Westfalen

1. Inhaltliche und verfassungsrechtliche Beurteilung des Gesetzentwurfs, insbesondere der vorgesehenen Sozialstaffelung
2. (Verfassungs-)rechtliche und inhaltliche Bewertung einer möglichen abweichenden Regelung zur Sozialstaffelung für Kommunalbeamte
3. Wie bewerten Sie das vorliegende Gesetz in Bezug auf das Abstandsgebot zwischen den Besoldungsgruppen A10-A11 und A12-A13? Wie sind die Abstände dieser Besoldungsgruppen in Bezug auf die Anforderungen der jeweiligen Ämter zu bewerten?
4. Wie bewerten Sie die Steigerungen der Versorgungsbezüge in den letzten 5 Jahren im Vergleich zu den Rentenanpassungen der GRV oder Einkünften aus kapitalgedeckter Vorsorge? Welche Differenzen zwischen den Anstiegen bestehen?
5. Welchen Wert haben die Familienzuschläge und die erhöhten Beihilfesätze für Familien und Versorgungsempfänger als Komponenten des Alimentationsprinzips für die Bewertung einer amtsangemessenen Alimentation ihrer Ansicht nach?
6. Welchen Wert haben die Unkündbarkeit und das Recht des beamteten Beschäftigten auf amtsangemessene Arbeit in der modernen Arbeitswelt ihrer Ansicht nach?
7. Wie bewerten Sie die Eingruppierungen in NRW im Vergleich zu anderen Bundesländern bspw. im Bereich der Polizei und der Finanzverwaltung? Welche Unterschiede bei der Personalbewirtschaftung bestehen?
8. Wie bewerten sie eine mögliche Öffnung für weitergehende Besoldungserhöhungen durch Kommunen im Rahmen einer sogenannten „Dienstherrnklausel“ oder anderer Instrumente?